

Der Rats-Ticker!

Mit dem Rats-Ticker gibt die Verwaltung ungeachtet ausführlicherer Berichterstattungen zu Einzelthemen eine kurze Zusammenfassung über die in der zurückliegenden Gemeinderatssitzung behandelten Punkte. Gegenstand dieses Tickers ist die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom Dienstag, 27.06.2017. Die Sitzung wurde von 21 Gästen im Zuhörerraum mitverfolgt.

Folgende Punkte kamen u.a. zur Sprache:

Bürgerfragestunde

Es gingen keine Anfragen ein.

Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeister Burkard gab bekannt, dass er vom Gemeinderat einstimmig ermächtigt worden ist in Grundstückskaufvertragsverhandlungen mit dem DRK Kreisverband Karlsruhe einzusteigen mit dem Ziel, die Errichtung einer Rettungswache in Kronau zu ermöglichen.

Ansiedlung eines Verteilzentrums der Firma REWE

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Ausweisung eines Gewerbegebiets mit ca. 18,5 ha gegenüber der Tank- und Rastanlage zu. Dieses neue Gewerbegebiet soll mit dem bestehenden Sondergebiet „Tank- und Rast“ zu einem großen Gewerbegebiet vereinigt werden und erhält den Namen „A5 Quartier“.

Daneben beschloss der Gemeinderat die kleine Erweiterung des Gewerbegebiets „Heidig“ mit ca. 6,5 ha, welche zu einem späteren Zeitpunkt in zwei Bauabschnitten realisiert werden soll.

Ebenso stimmte der Gemeinderat der Ansiedlung eines Logistikzentrums der REWE Group im künftigen Gewerbegebiet „A5 Quartier“ zu und beauftragte die Verwaltung alle weiteren Schritte zeitnah zu veranlassen. Der Beschluss umfasst den Neubau der Zentrale der Penny-Niederlassung Süd-West sowie die Ausweisung einer weiteren Fläche, die die Logistik zulässt. Grundstückskäufe sind für das gesamte Gebiet zu tätigen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Bündel gefasster Beschlüsse zum Inhalt hat, dass die geplante REWE-Ansiedlung auf Erweiterungsflächen des Gewerbegebiets „Heidig“ in der Nähe der Ampelkreuzung nicht weiter verfolgt wird. Das Projekt soll nun gegenüber der Tank- und Rastanlage realisiert werden. Hierzu wird es notwendig werden in einem Umlegungsverfahren die für die Realisierung benötigten Grundstücke zu erwerben. In einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wird hierzu die Anordnung der Umlegung erfolgen, ebenso wie im Anschluss daran die betroffenen Eigentümer angehört und kontaktiert werden. Auf die diversen Presseberichterstattungen zum Thema REWE darf verwiesen werden.

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen 2018

Der Gemeinderat genehmigte einstimmig die Bereitstellung von jeweils einem Ausbildungsplatz in den Ausbildungsgängen Bachelor of Arts (Public Management) und Verwaltungsfachangestellte/r zum Ausbildungsbeginn September 2018.

Umsetzung eines energetischen Quartiersmanagements (Nahwärmekonzept)

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Umsetzung eines Nahwärmekonzeptes im Rahmen eines energetischen Quartiersmanagements mit der Energieagentur des Landkreises Karlsruhe als Dienstleister.

Park- und Mitfahranlagen an den Autobahnanschlüssen Ost und West

Um den lokalen Pkw- und Lkw-Parkdruck im Bereich der Autobahnanschlüsse zu begegnen, plant der Bund seit etwa 2010 in den Innenflächen der Autobahnanschlüsse Park- und Mitfahranlagen zu erstellen. In der Sitzung stellten Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe die nun konkrete Planung für die Erstellung einer Park- und Mitfahranlage auf der östlichen Autobahnseite vor. Dort 130 Pkw-Stellplätze sowie 34 Lkw-Stellplätze entstehen. Die Erschließung soll über den bestehenden Kreisverkehr erfolgen, als Flächenbedarf gibt das Regierungspräsidium ca. 4 ha an. Auch die Verlegung der östlichen Autobahnrampe (Zu- und Abfahrt) wird hierfür erforderlich sein. Neben Stellplätzen werden auch WC-Gebäude, überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie zwei möblierte Rastmöglichkeiten realisiert werden. Die Anlage wird beleuchtet sein und spezielle technische Anlagen zu Entwässerung und Abwasserbehandlung enthalten, ebenso wie einen Löschwassertank. Eine erste Kostenschätzung ergab, dass die Anlage rund 6 Mio. Euro kosten wird, welche der Bund trägt. Als Baubeginn strebt das Land Baden-Württemberg das Jahr 2020 an.

Interessierte können sich nähere Informationen zu dem Projekt auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe unter https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt4/Ref44/Seiten/a5_kronau.aspx anschauen.

Baugebiet West, naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Durchführung eines ergänzenden Verfahrens zur Aufnahme der Ausgleichsmaßnahmen im Bebauungsplan „BG West“. Ebenso wurden die Durchführung einer Offenlage sowie die Beteiligung der Behörden nach den maßgeblichen Vorschriften des Baugesetzbuches einstimmig beschlossen.

Hintergrund der Bebauungsplanänderung für das Baugebiet West ist, dass die erforderlichen naturschutzrechtlichen Maßnahmen nachträglich in den Bebauungsplan aufgenommen werden müssen. Tatsächlich wurden die Maßnahmen bereits umgesetzt.

Information über den Stand offener Projekte

Anhand einer Projektliste skizzierte Bürgermeister Burkard den Sachstand aller derzeit laufenden Projekte.

Informationen in öffentlichen Angelegenheiten (Auszug)

1. Kosten der Zusatzbeleuchtung des Kirchturms
Bürgermeister Burkard bezog sich auf eine Anfrage von Gemeinderat Acker und führt aus, dass sich die Kosten für die Zusatzbeleuchtung des Kirchturms auf rund 4.000 € belaufen.
2. Mobile Fahrradständer auf dem Dorfplatz
Bürgermeister Burkard bezog sich auf eine Anregung von Gemeinderat Moch aus einer der letzten Sitzungen. Im Prinzip hält er den Vorschlag von Gemeinderat Moch, mobile Fahrradständer für den Dorfplatz zu beschaffen, für gut. Um aber wirkungsvoll Abhilfe auf dem Dorfplatz bei Veranstaltungen zu schaffen, wären rund 50 Räder zu versorgen. Diese Zahl rührt aus einer Erhebung vom letzten Backofenfest her. Fraglich für die Verwaltung ist, wo die immensen Parkflächen auf dem Dorfplatz zur Verfügung stehen. Sind sie zu weit weg, bekommt man ein Akzeptanzproblem. Einen weiteren Faktor stellen die immensen Kosten dar. 48 Bügelständer (jeweils in 4er-Einheiten) würden die Gemeinde rund 5.600 Euro kosten. Ein weiterer Aspekt, den die Verwaltung kritisch beurteilt ist, dass nicht geklärt ist, wer die Nutzung der Ständer durchsetzt. Müssten dies die Vereine tun, wäre zusätzliches Vereinspersonal abzustellen. Die Verwaltung empfiehlt daher bis auf weiteres die Anregung nicht umzusetzen.
3. Ernennung von Herrn Manfred Haas zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
Bürgermeister Burkard führte aus, dass sich Herr Manfred Haas ehrenamtlich stark für Behindertenbelange in der Gemeinde Kronau einsetzt, ebenfalls ist er aktives Mitglied in der Generationeninitiative GIK. Für die Gemeinde hat Herr Haas auch bereits einige Termine in diesem Zusammenhang wahrgenommen. Bürgermeister Burkard schlug vor, Herrn Manfred Haas per Beschluss zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Gemeinde zu bestellen. Herr Haas war in der Sitzung anwesend und hat sich auch bereit erklärt das Amt zu übernehmen. Die anschließende Abstimmung erbrachte einstimmig, dass Herr Haas zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Gemeinde Kronau bestellt werden soll.
4. Lkw-Parken in der Heidigstraße
Bürgermeister Burkard bezog sich auf eine Bürgeranfrage aus einer der letzten Sitzungen. Er konnte ausführen, dass die Parkplätze und Parkstreifen in der Heidigstraße für Lkws ausgelegt sind. Der vermeintliche Radweg, auf dem Lkws parken, wurde vor einigen Jahren entwidmet und ist kein Radweg mehr, insofern ist dort das Parken zulässig. Was das Parken auf Gehwegen angeht, setzt man künftig auf die Vollzeit-Vollzugsdienstkraft, welche entsprechend Ahndungen vornehmen wird.
5. Fahrradschutzstreifen in Verlängerung des Radwegs bis zum Bahnhof Bad Schönborn-Kronau
Bürgermeister Burkard berichtete, dass die von einem Bürger angeregte Verlängerung des Radwegs bis zum Bahnhof Bad Schönborn-Kronau seitens der örtlich dafür zuständigen Gemeinde Bad Schönborn mit der Aufmarkierung eines Radschutzstreifens am rechten Fahrbahnrand im entsprechenden Streckenabschnitt gelöst wurde. Bürgermeister Burkard dankte der Nachbargemeinde, insbesondere Herrn Bürgermeister Hüge, herzlich für dieses Entgegenkommen.
6. Einbruchspräventions-Lkw des Polizeipräsidiums
Bürgermeister Burkard bezog sich auf eine Anregung von Gemeinderat Vurnik aus einer der letzten Sitzungen. Der Gemeindeverwaltung ist es gelungen den Einbruchspräventions-Lkw des Polizeipräsidiums für Mittwoch, den 4.10.2017 von 10.00 -18.00 Uhr, nach Kronau auf den Festplatz zu holen. Eine entsprechende Presseankündigung in Kronau und den umliegenden Gemeinden wird erfolgen, um möglichst viel Resonanz für das Beratungsangebot zu generieren.

Wünsche und Anregungen

1. Geschwindigkeitskontrollen
Gemeinderätin von Bergmann-Korn regte, an stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen an der Ampelkreuzung L555/K3575 und am Osteingang Ost von Bad Schönborn her kommend zu installieren. Auf die Frage wer zuständig ist für solche Anlagen erhielt sie von Bürgermeister Burkard Auskunft, dass dies Sache des Landkreises bzw. des Landes ist.
2. Haus der Kinder Johannes Bosco
Gemeinderat Vurnik erkundigte sich über noch zu erledigende Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten im Haus der Kinder. Daneben lag ihm eine Information vor, wonach von der Elternschaft zusätzliche Sonnensegel im Außenbereich des Kindergartens gefordert werden. Bauamtsleiter Notheisen kann die entsprechende Information geben. Was die Sonnensegel angeht, liegt der Gemeindeverwaltung ein Angebot für zusätzliche Beschattungseinrichtungen im Außenbereich vor, welches die Verwaltung auf Umsetzbarkeit prüft.
3. Friedhof
Gemeinderat Acker gibt zu bedenken, dass viele Gießkannen auf dem Friedhof keine Köpfe mehr haben. Er bittet diese wieder nachzurüsten bzw. instand zu setzen.
4. Mikrofonanlage im Sitzungssaal
Gemeinderat Acker machte auf die Dringlichkeit der angefragten Mikrofonanlage im Sitzungssaal aufmerksam. Bürgermeister Burkard führte aus, dass eine Anlage installiert wird, aus Kostengründen jedoch erst zu Beginn des Jahres 2018 unter Inanspruchnahme von Mitteln für das Haushaltsjahr 2018.
5. Kurzzeitparkzone entlang der Hauptstraße
Gemeinderat Moch regt an, Kurzzeitparkzonen entlang der Hauptstraße analog der Vorgehensweise in der Gemeinde Ubstadt-Weiher einzurichten. Bürgermeister Burkard dankt für den Vorschlag und führt aus, dass auch die Generationeninitiative Kronau einen ähnlichen Vorschlag unterbreiten wird. Er sieht gute Realisierungschancen, da demnächst ein eigener Vollzugsdienstbeschäftigter zur Verfügung stehen wird, der auch die Überwachung der Kurzparkzonen gewährleisten kann. Ohne Überwachung machen Kurzzeitparkzonen nämlich keinen Sinn.

Die nächste öffentliche Sitzung des Gemeinderats ist für Dienstag, 25.07.2017 vorgesehen.

(ae)